

Gewässerbenutzungen

Gemäß § 8 WHG bedarf die Benutzung eines Gewässers der Erlaubnis oder der Bewilligung.

Das LfU, als obere Wasserbehörde ist gemäß § 2 Nr. 6 und 7 der Verordnung über die Zuständigkeiten der oberen Wasserbehörde (Wasserbehördenzuständigkeitsverordnung - WaZV) für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnisse, gehobene Erlaubnisse und Bewilligungen für

- Oberflächenwasserentnahmen mit einer mittleren täglichen Entnahmemenge von mehr als 5.000 m³ u.
- Grundwasserentnahmen mit einer mittleren täglichen Entnahmemenge ab 2.000 m³ zuständig.

Für die Antragstellung wird die Verwendung der folgenden Unterlagen empfohlen.

- Verwaltungsvorschrift über Grundwasserabsenkungen bei Baumaßnahmen (VVGWA) vom 25. April 2000 (ABl. Brandenburg Nr. 20 vom 24.05.2000, S. 246)
- Verordnung über Vorlagen und Nachweise in bauaufsichtlichen Verfahren im Land Brandenburg (Brandenburgische Bauvorlagenverordnung - BbgBauVorlV)
- Hinweise für Antragsunterlagen für eine Oberflächenwasserentnahme
- Hinweise für Antragsunterlagen für Grundwasserentnahmen bei Begegnungen
- Hinweise für Antragsunterlagen für Trink-und Brauchwasserfassungen

Handelt es sich bei der geplanten Gewässerbenutzung um ein Vorhaben gemäß Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sind für das beantragte Vorhaben zur Feststellung der UVP-Pflicht die Unterlagen für eine allgemeine / standortbezogene Vorprüfung im Sinne des § 5 Abs. 1 UVPG, Anlage 3 (Angaben des Vorhabenträgers zur Vorbereitung der Vorprüfung) einzureichen.